

Der Gesellschafter

Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold Nagolder Tagblatt

Supplement 1922

Verlag und Druck von H. W. Sailer (Karl Sailer) Nagold, Steinmetzstr. 10, bei Schröderstr. 2, Weilmann.

Zeitung Nr. 10

Freitag den 8. Juli 1921

Verbreitung: Derzeitige Auflage 1200. Tagesverkauf 800. Abonnement 1.50 M. pro Quartal. Auslandsendung 1.80 M. pro Quartal. Geschäftsstelle Nagold.

Telegraphische Adressen:
Nagold
Nagold
Nagold

95. Jahrgang

Wiederholung: In das Nagold...
Kriegsgefangene...
Kriegsgefangene...
Kriegsgefangene...

Nr. 156

Deutscher Reichstag.

(Schluß der Dienstag Sitzung.)

Weiter kommt die Diskussion des Vermögenswachses in Frage, um den Zuwachs nach dem 31. 7. 1919 oder wenigstens nach dem 31. 12. 1919 durch eine einmalige große Abgabe zu erzielen. Betroffen sollten grundsätzlich aber nur die großen Vermögensbesitzer werden. Die Erträge aus dem Verbrauch nur nach Schätzungen zu berechnen, doch erwarte man aus der geringen Erhöhung der Kohlensteuer um 5% ein Mehr von 32-36 Milliarden. Nach sehr vorsichtiger Schätzung des Finanzministeriums dürfe man noch Durchführung der Steuerreform mit etwa 88 Milliarden Gesamteinnahmen rechnen, doch gehe der laufende Bedarf erheblich darüber hinaus und bewege sich um die 100 Milliardengrenze. Nachdem der Redner sich über die aus den einzelnen Steuern erwarteten Einnahmen orientiert hatte, sagte er, wenn es gelänge, das Programm durchzuführen, so sei die Voraussetzung für die erst in späteren Jahren kommende 2. Etappe der Finanzreform, die der Lösung des Problems der Stabilisierung anderer Gebiete und der Währungsreform gelte, gegeben. Zum Schluß erklärte der Redner, daß all diese Maßnahmen vom deutschen Volk nur getragen werden könnten, wenn die Sanktionen im Westen aufgehoben, die oberhalb der Höhe im Sinne der Volksabstimmung gestellt und die sonstigen Verfassungen in Ost und West beibehalten würden. Bei der folgenden Debatte traten die Gegenüberwärtigen links und rechts wieder scharf in Erscheinung. Nach dem Abg. Teubner (Fr.) der die einzelnen Gesetze abwarben und nach dem Abg. Seiffert (Dn.) das Wort, doch wird er häufig durch lärmende Zwischenrufe der Rechten verdrängt, jedoch er nicht unverständlich bleibt. Das Ultimatum und die aus demselben heraus dem deutschen Volk gegenübergestellten Forderungen hält er für unannehmbar. Abg. Reil (Soz.) polemisierte gegen den Wortführer, dem das deutsche Volk sein Unrecht zu verdanken habe und hielt fest, daß er das Ultimatum sehr wohl für ausführbar halte. Die deutschen Arbeiter seien entschlossen, an der Erfüllung des Ultimatum festzuhalten und das harte dazu beizutragen und deshalb verlangen sie, daß auch der Rest Opfer bringe. Abg. Ruder-Hoffen (DVP) sagte, daß schon jetzt feststehe, daß die Forderungen des Ultimatum nicht auszuföhren seien und der Minister werde sich überzeugen müssen, daß das neue Rezept seinen Erfolg haben werde. Die Beteiligung des Reichs an den deutschen Industriellen (Siedler) ihm zweifelhafter Art zu sein. Abg. Grüppen (DVP) betonte, daß das Steuerprogramm eine Erhöhung der direkten Steuern um nur 40 und der indirekten Steuern um 32 Milliarden vorziehe. Abg. Reimold (Dn.) erklärte, daß die einzigen Kapitalien, die grüßte und die Betriebskraft und die Geldwerte nutzbar gemacht werden müßten. Abg. Dr. Meyer (Komm.) legte gegen die Steuerprojekte Vermehrung ein, da sie nur den Arbeitern täten. Abg. Reichel (DVP) legte das Hauptgewicht auf die Befreiung des Viehs. Nach persönlichen Auseinandersetzungen wurde die Tagesordnung geschlossen und eine Reihe von Emissar genehmigt. Nächste Sitzung morgen vormittag 10 Uhr: Keine Vorlagen.

Berliner Pressbestimmungen zur Kanzlerrede.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sagt, daß vorläufig niemand eine Gewähr dafür geben könne, ob die Gegenüberwärtigen des Finanzplans richtig gewählt und die Ertragskassen auch leistungsfähig sein würden. In jedem Fall werde die Bitte des Reichstanzlers an alle Kreise des Volkes, an der großen Aufgabe in offener Weise mitzuarbeiten, unterstellt werden müssen. — Auch die „Germânia“ hält eine wirkliche Stellungnahme zu den Steuerplänen augenblicklich für noch nicht möglich. Erst wenn man die einzelnen Steuervorlagen vor sich habe, könne man das Kennbare von dem Unabgesehen unterscheiden. Das Blatt hofft, daß trotz der ablehnenden Haltung der äußersten Rechten der Versuch, die notwendige parlamentarische Grundlage für die Lösung des Reparationsproblems zu finden, schließlich doch von Erfolg sein werde. Viel hänge noch von den alliierten Mächten ab, in deren Hand es gegeben sei, und die auf den letzten Fall nicht noch weiter mündig zu erschweren, wie es am Arbeits und im Obersterien zur Zeit gelte. — Die „Post, Zn.“ schreibt: Und wenn man alles, was bisher vom Reichstanzler vorgelegt wird, auch noch als Stillwerk und mit einem gewissen Skeptizismus ansieht, so sollte niemals vergessen werden, daß es sich hier um Riesenaufgaben handelt, die begannen und mit Energie aufgeföhrt zu haben, bereits von einem Mut und einer Kraft des Kanzlers zeugt für die das Vaterland ihm dankbar sein sollte und die das Ausland aneignend schätzten anerkennen würde, wenn es sich der Größe des Problems bewußt wäre. — Der „Vorwärts“ bezieht die weit über alle Klugheit hinausgehenden Sanktionen- und Kontributionspolitik der Entente als mitschuldig an den Sorgen, die auf uns allen lasten. Das Blatt schlägt seine Ausführungen mit den Worten: Jetzt wollen wir erfüllen, was uns möglich ist und dazu soll und muß jeder beitragen nach seinem Vermögen.

Kleine politische Nachrichten.

Antifranzösische Kundgebungen in Griechenland.

Aten, 7. Juli. Die Zeitung Patris berichtet aus Athen, daß in den letzten Tagen dort und auch im übrigen Griechenland wiederholt antifranzösische Kundgebungen stattgefunden haben. Diese Kundgebungen haben ihren Grund in der ostentativen Begrüßung der Truppen durch die Franzosen. Das französische Konsulat in Athen wird militärisch besetzt, weil man befürchtet, daß ein Anschlag darauf verübt werden könnte.

Friedliche Versicherungen zwischen Athen und Moskau.

London, 7. Juli. Dem „Exchange Telegraph“ wird aus Athen gemeldet, daß laut Meinungen aus Smyrna der griechische Ministerpräsident Sinais von Tschuscherin auf bruchlosem Wege gefragt wurde, ob Griechenland an Russland den Frieden zu erklären beabsichtige. Tschuscherin sagte bei, daß die Moskauer Regierung von den besten Gefühlen für das griechische Volk bezeugt ist. Sinais antwortete: Die griechische Regierung habe nicht die Absicht, mit Russland in einen Konflikt zu kommen. Die gegenseitige Freundschaft zwischen beiden Ländern war in Verbindung mit der solchen Meinung über Aufgehoben von Sowjettruppen an der Smolnauer Front schon ausdrücklich gemeldet worden.

Vollstetigkeit unter sich.

Aten, 7. Juli. Aus Paris wird gemeldet: Aus Warschau und Belgrad trifft die Nachricht ein, daß Trotzki im Auftrag Lenins verhaftet worden ist. Trotzki hatte bisher den Oberbefehl der Roten Armee selbst inne, während Brucknow nur als sein „Verwalter“ fungierte. Daß der Bruch zwischen Lenin und Trotzki, der sich schon lange angekündigt hatte, seit dem letzten Kongreß der Sowjets ganz offenbar geworden ist, wurde kürzlich gemeldet. Eine Entlassung Trotzki vom Oberbefehl auf anderem Wege war wohl kaum möglich. Deshalb ist die Entnommung Brucknows eine Behätigung der Verhaftung Trotzki.

Furchtbare Hungersnot im Wolgagebiet.

Sankt Petersburg, 7. Juli. Noch bis vor kurzem hat die Sowjetpresse immer wieder versucht, das in weiten Gebieten Russlands herrschende Hungerelend zu verharmlosen. Nun kommt die Moskauer „Proba“ vom 26. Juni mit der Warnung über das riesige Wolgagebiet herauf. Jetzt, wo es zu spät ist, soll ein „großer allrussischer Hilfsleistung für die Hungerenden“ organisiert werden. Das bolschewistische Blatt schreibt: Ein furchtbares Unglück ist über das Wolgagebiet hereingebrochen. Die Dürre hat in einer Reihe von Gouvernements das Getreide völlig vernichtet. Die Hungersnot erstreckt sich auf eine Bevölkerung von etwa 25 Millionen. Nach dem Urteil kompetenter Genossen übersteigt der Hunger an Intensität noch das Jahr 1891. Er hat die Gouvernements Ufa, Jaroslavl, Samara, Simbirsk, Wjatka, Perm, Kajan und schließlich den Nordkaukasus ergriffen. Aus dem Gouvernement Samara wird gemeldet: Die Winterkälte hat völlig verkommen, das Sommerkorn fast ganz. Das Gras ist gleichfalls zugrunde gegangen; die Bevölkerung leidet. Aus dem Gouvernement Samara wird gemeldet, daß die Bevölkerung in ständiger Achtung steht: „Das ganze Gouvernement hat sich auf den Weg gemacht.“ Mit einem Wort: Das ganze Wolgagebiet leidet unter einer unerbittlichen Hungersnot.

Japans Politik in Sibirien.

London, 7. Juli. Nach einer „Times“ Meldung aus Tokio sagte der japanische Außenminister in einer Unterredung über Sibirien, Japan müsse seine eigenen Wege gehen. Er wies auf Japans Austritt aus dem Dreierbund als ein Beispiel der Unzuverlässigkeit aller Alliierten hin und betonte die Notwendigkeit, daß Japan über Sibirien Unabhängigkeit erlangt. Japan wolle keine Truppen zurückziehen und dürfe seine Streitkräfte nicht herabsenken, da diese für die Verteidigung notwendig seien.

Das japanische Kriegsbudget.

London, 7. Juli. Der Staatssekretär des Äußeren erklärte gestern im Unterhaus, das japanische Militärbudget für 1921/22 belaufe sich auf 108 Millionen Pfund Sterling, wovon 45 Millionen für die Armee und 63 Millionen für die Kriegsmarine bestimmt seien. Nach Abschätzung steht diese finanzielle Anstrengung Japans nicht gerade aus.

Vollstetigkeit gegen Japaner.

Ganz überraschend kommt die Meldung von dem Angriff der Vollstetigen auf die Japaner, die sich im sibirischen Nisnaland nordwestlich westlicher Insel Sachalin, festsetzen haben. Durch diese Vorgänge ist der offene Krieg zwischen der Sowjetrepublik und Japan in den Bereich der Wahrscheinlichkeit getreten.

Kopenhagen, 7. Juli. „Politiken“ meldet aus Kopenhagen: Aus Tokio wird offiziell gemeldet, daß die japanischen Truppen in Nikolajew in Ostsibirien von den Bolschewiken überfallen wurden. Es kam zu heftigen Kämpfen. Die bolschewistischen Truppen haben die Stadt Nikolajew besetzt. Einem Telegramm aus Moskau zufolge, ist General Brusilow zum Oberbefehlshaber der gesamten Sowjettruppen ernannt worden. Anläßlich

lich der Ereignisse im fernem Osten hat Brussilow einen Tagesbefehl erlassen, in dem die gesamte Armee zur Verteidigung des Vaterlandes aufgerufen wird. Das Sowjetheer wird auf 500.000 Mann Mannschaften veranschlagt.

Die Schilzerel in Brathen eine polnische Prossolation.

Berlin, 7. Juli. Der Deutsche Goldenfall über den gestern gemeldet wurde und dem ein französischer Major zum Opfer gefallen ist, sollte anschließend den Zweck, die Räumungsaktion zu unterbrechen und die Wiederherstellung friedlicher Beziehungen heranzuführen. Der Schuß, der den Major tödete, fiel, wie man feststellt hat, aus dem polnischen Kampfgarten; die weiteren Schüsse sind wie auf ein Zeichen hin gefeuert. Die Aktion der Truppe des Majors hat nun ergeben, daß es von einem Infanterieregiment getroffen worden ist; Infanterieregimenter sind aber nicht mehr in den Händen deutscher Besatzer, sondern nur noch in den Händen der Polen, die sich zu den Infantenzen halten. Zudem wird jetzt auch noch bekannt, daß gerade der erschossene Ser ercol sich die erdige Nähe gegeben hat, den Deutschen gegenüber gerecht zu handeln. Der Führer der Deutschdemokraten, Wlos, war zur Festnahme als Geisel bestimmt; er war nicht auffindbar und an seine Stelle wurde eine andere Persönlichkeit eingesetzt. Wlos hat sich mittlerweile selbst gestellt und sein Erbschaftsmann ist entlassen worden.

Aten, 7. Juli. Die Atener Nachrichten melden nach französischen Zeitschriften, daß der Vorfall in Brathen die französische Regierung nur darin befähigt, auf der Fortdauer der Sanktionen am Rhein zu beharren. Man hat weiter den Eindruck, daß auch der Gang der Verhandlungen gegen den General Stenger und den Major Cassus in Frankreich bereits einen ungünstigen Eindruck hervorgerufen hat.

Polnische Grenz.

Ein Befehl der Wladimirer R. N. stellt dem Blatte einen von seinem 68-jährigen Bruder vom 2. Juli aus D. im Kreise Rosenbergs datierten Brief zur Verfügung, dem wir folgendes entnehmen: Nachdem der Briefschreiber seine und seiner Angehörigen furchtbaren Leiden während der polnischen Invasion erlebte, hat er fort: Die Polen wollten wie die wilden Bestien. So fiel Carl N. lebend in der Gefangenhaft, unversehrt, ihm wurden beide Augen ausgestochen, die Nase, Ohren abgeschnitten, dann wurde er lebendig begraben, ebenfalls ging es einem Rudolf S. aus Döbtau; ihm wurden mit der Harte die Augen ausgekratzt.“ Der Briefschreiber selbst, wie seine alte Frau, wurden von den Polen schwer misshandelt und vollkommen ausgeraubt.

Sargenteingriff auf Königshütte.

Berlin, 7. Juli. Mitteilungen aus Oppeln bestätigen immer aufs neue, daß die Aufständischen nicht beigelegt ist. Die Infanterien sind, nachdem sie Entlassungsbefehle erhalten haben, zum größten Teil in die Ortschaften zurückgezogen, haben aber Gewehre und Munition mitgenommen und befinden sich in händlicher Alarmbereitschaft. Am Dienstag erfolgte auf Königshütte ein neuer Angriff. Die Infanterien drangen, nachdem sie auf einem Berge in der Nähe von Königshütte sich versammelt hatten, unter heftigem Feuer bis in das Innere der Stadt, plünderten Eilfen, raubten und nahmen Strohgefäß, dann als W. S. eine Reihe in die Wohnung eines bekannten Handlars eine Handgranate in die Wohnung eines Deutschen, dabei wurde die Frau des Wohnungsinhabers, Mutter von sieben Kindern getötet.

Gerüchte über deutsche Anleiheverträge in der Union.

Berlin, 7. Juli. In Washingtoner Finanzkreisen zirkuliert, wie die „Chicago Tribune“ meldet, das Gerücht, daß Deutschland am nächsten Sonntag Verhandlungen über Aufnahme einer Anleihe eröffnen wird. Man glaubt, Deutschland wünsche, daß die in Amerika beschlagnahmten deutschen Güter der Aufsicht eines deutschen und amerikanischen Kuratoriums übergeben werden, das ebenfalls ernannt werden soll. Diesem würde die Aufnahme einer Anleihe von 800 Mill. Dollar gestattet, welche durch Privatbanken garantiert werden soll. Deutschland soll bereits die Zustimmung verschiedener Banken und deutscher Eigentümer erhalten haben, deren Güter in Amerika beschlagnahmt worden sind. Die Bankiers seien dieser Vorschlag nicht abgeneigt unter der Voraussetzung, daß die Finanzoperationen zur Deckung den Dollar und nicht die deutsche Mark haben. Der Fortgang der Verhandlungen hängt natürlich von der Haltung der Washingtoner Regierung ab.

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, 8. Juli 1921.

• Eisenbahnkostenprüfung. Bei der in den Monaten Mai u. Juni d. J. abgehaltenen Eisenbahnkostenprüfung sind u. a. nachstehende Kandidaten für Befähigt erklärt worden: Bremer, Gafios von Freudenstadt; Hiler, Adolf von Entlingen; O.K. Ortensberg; Rähle, Friedrich von Oberflingen; O.K. Ortensberg; Wurstler, Bernhard von Ogenbach; O.K. Freudenstadt.

• Feueralarm. Gestern abend 1/2 10 Uhr schied der angekündigte Feueralarm die Einwohnerschaft, soweit sie die Ankündigung vergessen hatte, auf. Bereits 5 Minuten nach

„In das Nagold...“
„In das Nagold...“
„In das Nagold...“

„In das Nagold...“
„In das Nagold...“
„In das Nagold...“

„In das Nagold...“
„In das Nagold...“
„In das Nagold...“

„In das Nagold...“
„In das Nagold...“
„In das Nagold...“

„In das Nagold...“
„In das Nagold...“
„In das Nagold...“

„In das Nagold...“
„In das Nagold...“
„In das Nagold...“

„In das Nagold...“
„In das Nagold...“
„In das Nagold...“

„In das Nagold...“
„In das Nagold...“
„In das Nagold...“

„In das Nagold...“
„In das Nagold...“
„In das Nagold...“



dem ersten Zeichen war die Mannschaft versammelt, ein Geräusch für die Innerlichkeit des Zusammenarbeitens. In 'hüblicher' Kleidung, wurde das Treppenhäus im 'Köhl', das, wie man annahm, drinnen, 'gölcht'.

Ueberabend Toni Loh: Man beschäftigt sich in Deutschland neuerdings wieder etwas mehr mit den Zugführerinstrumenten. Es gibt zwar Leute, die diese Musik a priori bescheiden nennen, weil in den weislichen, graulichen Klängen, die man solchen Instrumenten zu entlocken pflegt, die ganze der Stoffheit und Haltung, diese Klarheit und Willensschärfe unserer Zeit ausstrahlt. Und es gibt auf der andern Seite Besessene, denen nichts über einen — besonders etwa bei Wodscheln angestimmten — Gesang mit Lautenbegleitung geht. Schließlich ist das Volksgelächte. Anerkennen muß man, daß zu den Volksliedern, die uns aus früheren Jahrhunderten überliefert wurden und die wir in Ermangelung anderer, die unsere Zeit hervorbringen nicht lastende ist, ternlich pflegen wollen, heute u. Galtäre ein vorzügliches und gerade auch unter dem deutschen Gespinnst wohl empfindendes Begleitinstrument abgeben. So versuchte auch Frau Toni Loh gestern abend, uns mit Hilfe ihrer Laute den Reichtum des deutschen Volkslieds vor Augen zu bringen, vor Ohren zu führen. Man muß leider feststellen, daß die Sache einen Haken hatte: die gefälligen Volkslieder, die zwar noch der ein wenig nach Auswendiglernen sich machen, mit unheimlich und unklare Klängen vorgetragen, eine Einleitung zum Vortrag kamen, diese lieblich-garten Schilde, die uns mariantränke rühmlich des Mittelalters, die uns faszinierend herausfordernd klingen, wurden, etwas gesichtslos, eigenlich, brünstig. Den ersten Eindruck machte allerdings 'Stille Nacht', wenn es nur besser in den Sommer und unter den kühnen und kühlen Kreisläuter herübergehört hätte. 'Maria auf dem Berge', in der Sonnenwacht, kühler und einfacher gefangen, macht dort 100mal tieferen Eindruck. Unter den Vätern sind sich eine, die nach Vortrag und Begleitung auszuweichen war: das Lied von der schönen Edoe. Von den Kinder- u. Langstücken hatten einige jugendliche eine starke Augenblicksbeziehung, aber nicht weiter. Man hätte eigentlich von der Klavier, der ein guter Ruf vorangeht, Schreier und vor allem Diener erwartet. Auch ihr eigener Lied 'Mein Schatz, der zog nach Flandern', wird, wenn es nicht anders, und an Hermanns Lob gemacht, sprach für sie. 'El, poß langend, ist sehr nahe des kleine korrupte Mädchen in Köln vergessen worden, das ganz ein lübes Ding ist; aber ob's nicht besser wäre, die Stimme für später zu sparen?

Schnapserzeugung und hohe Obstpreise. Ähnlich wird mitgeteilt: In Engaden und in der Besse wird immer wieder darüber gesagt, daß die Preise von Äpfeln und anderem Obst durch die Schnapserzeugung in die Höhe getrieben werden. Das Brennen gereinigter Obstes ist verboten. Den Volksbehörden ist energisches Einschreiten widerholt zur Pflicht gemacht worden. Der Erfolg wird um so besser sein, je mehr die Bevölkerung die Volksbehörden bei der Durchführung des Verbots unterstützt. Diese amtliche Aufforderung kommt bezüglich der Äpfel viel zu spät. Von einem 'energisches Einschreiten' gegen die Schnapserzeugung hat die Bevölkerung jedenfalls noch recht wenig gemerkt, und in der Frage der 'Bewusstheit' des Obstes herrschen bei den Brennern mehrfache Anschauungen. Nur durch ein völliges Verbot der Schnapserzeugung aus Obst, Kartoffeln, Getreide usw. kann man die Vernichtung Tausender von Femtern weisendher Maßregeln durchsetzen.)

Wie es draußen aussieht. Nach den Mitteilungen des Stat. Bundesamts ist der Stand des Wintergetreides schön. Die Weizen stehen ool und hoch, so daß eine befriedigende Ähre- und Strohernte zu erwarten ist. Vogerung, sowie Brand und Frost machen sich nur vereinzelt bemerkbar. In Gegenden, in denen die Trockenheit besonders hart ist, wird Retzele befürchtet. In milderen Gegenden ist die Einheilung der Wintergerste im Gange oder sogar beendet. Weniger befriedigt infolge der Trockenheit das Sommergetreide, namentlich der Haber ist in der Entwicklung zurück, auch leidet er vielfach durch Unkraut (Hederich) und die Feilflege. So daß manche Haberfelder ganz abgemäht werden müssen. In der Besse tritt da und dort die Streifenkrankheit auf, doch sieht sie besser als der Haber. Die Kartoffeln und die sonstigen Wurzelgewächse haben sich bis jetzt befriedigend entwickelt. In manchen Zuckerrübensendern treten die Spargelringe schädigend auf. In den Hopfenanlagen ist nicht selten Schaden durch Blattläuse und die Schwärze zu beobachten. Bei der Gemeinte ist die Reize unter dem Mittel geblieben. Die Güte des Heus befriedigt sehr, der Nachwuchs auf Wiesen und Kleeblättern leidet durch Trockenheit, so daß dort bereits der Verlust in Angriff genommen werden muß und mit einer Futtermangel oder Futtermot zu rechnen ist. Die Obstausichten entsprechen nicht der reichen Witter, da vielfach die

Freiheit der ohne öffentliche Ausschüsse erstellten Neubauten von gewissen Bestimmungen (Verwandlung von Wohnraum in Geschäftsraum, Zusammenbau des Raumbedarfs, Beschickung der überflüssiger oder leerstehender Räume.) Die Befreiung bezieht sich jedoch nur auf eigentliche Neubauten, nicht auf Ein- oder Umbauten. Im Einzelnen heißt: daß das Ministerium des Innern ein abgebenes Einvernehmen vor. Weitere Bestimmungen betreffen die Verpflegung der Reichs- und Staatsbeamten bei Verpflegung mit Wohnraum, Mietwohnungen, die von Beamten besetzt waren, bleiben im Falle ihres Freiwerdens für den Dienstnachfolger vorbehalten. Die Gemeindebehörde darf vor Ablauf eines Monats nach Abnahme einer solchen Wohnung nur mit Zustimmung der vorgesehnen Dienstbehörde des bisherigen Inhabers einen Mietvertrag mit einem anderen Wohnungsuchenden genehmigen. In Beziehung auf Jugendbeschäftigung von Einzelheimern dürfen Reichs- u. Staatsbeamte nicht angestellter gestellt werden als andere Personen. Eine fachliche Verifikation der Zwangsbewirtschaftung des Wohn- und Geschäftsräume ist nicht erfolgt. Das Reichsarbeitsministerium macht aber in einer Verfügung darauf aufmerksam, daß die Umwandlung der Wohnräume in Geschäfts- und Büroräume nicht ohne weiteres statthalt ist.

Zum Buttermangel. Die Verbandzeitung der Wirt. Konsumvereine schreibt: Die Betriebe für den Buttermangel dürfen einmal darin zu suchen sein, daß in verschiedenen Erzeugergebieten des Landes Großhändler 18. A für das Pfund anbieten — gegenüber einem Kleinhandelspreis von 16.50 A — und die Ware dann über die Grenze wandert, in benachbarte, auch nachdem die Großhändler, wo im Kleinhandel ca 25 A für das Pfund bezahlt werden. Gleichzeitig hatten jedoch viele Wirtkeller den Einzelerwerb in Hauptstadtorten selbst aufgenommen, um unter Ausschaltung ihrer eigenen Genossenschaftsvereine, die nur den Großhandelspreis bezahlen, den Kleinhandelspreis zu erhalten. Der Verband Wirt. Konsumvereine hat sich bei Bekanntwerden dieser Lage sofort mit einer begründeten Eingabe an das Erziehungsministerium gewandt, um, wie in Bayern, ein Verbot des Buttevertrages an Private u. derbeizutreten. Stellung ist die Entscheidung noch ausgeblieben, da das Ministerium von der Aufhebung ausgeht, daß es sich, wie bei anderen Artikeln, für die die Bewirtschaftung aufgehoben wurde und ähnliche Folgen sich ergäben, nur um eine vorübergehende Erscheinung handle. Mag sein, schreibt das Blatt, immerhin scheint es aber geboten, in der Sache einzugreifen, um die Dauer dieser unbilligen Erscheinung abzumildern. Im übrigen können die Verbraucher meistens einheimischen zum Mittel praktischer Sachhilfe greifen. Die Margarinefabriken liefern gegenwärtig Erzeugnisse, die denen der Butterqualität nicht mehr nachstehen und wo in Tausenden von Familien für Kochen, Backen, Boden überhaupt nur noch Margarinebutter verwendet wurde.

Einmalige Abfindung der 10% igen Kriegsbeschädigten. Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener teilt mit: Auf Grund des neuen Reichsversorgungsgesetzes erhalten diejenigen Versorgungsberechtigten, die auf Grund des R.V.G. 1906 eine Rente von 10 Prozent beziehen, keine vorläufigen Versorgungsberechtigten mehr. Nach dem Reichsversorgungsgesetz wird nur dann Rente gewährt, wenn die Erwerbsfähigkeit mindestens um 15 v. H. gemindert ist. In diesem Falle stehen nach dem Reichsversorgungsgesetz 20 Proz. Rente zu. Bis 1. Jan. 1921 haben solche Beschädigte, die bisher 10 Proz. Rente bezogen haben, oder die bei einer auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes bei der Umwertung vorgenommenen Umwertung weniger als 15 v. H. in ihrer Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt anerkannt werden, keinen Anspruch mehr auf Rente. Als Ersatzleistung für den Fortfall ihrer Versorgungsansprüche erhalten diese Kriegsbeschädigten eine Abfindung in Höhe des dreifachen Jahresbetrages derjenigen Bezüge, die ihnen am 1. April 1920 zufließen. Die Abfindungssummen betragen: Für Gemeine 1096,30 A, für Unteroffiziere 1121,40 A, für Sergeanten 1171,80 A, für Feldwebel 1247,40 A, wobei die Versorgungsberechtigten bis jetzt Kriegszulage bezogen haben müssen. Stand keine Kriegszulage zu, so ermäßigt sich die Abfindungssumme entsprechend dem auf die Kriegszulage entfallenden Betrag. Bei der Abfindung darf die ab 1. Rat 1920 auf die bis zum 31. Dezember 1920 noch monatlich zahlbaren Rentenbezüge gewährtene Zulage von 30 Proz.

Seid gut gegen die Zugtiere!

leistung in Aussicht zu nehmen, daß der Sonderzuschlag zu ihrem Gemeindefiskus nicht mehr aufrecht erhalten werden könne und das Gesetz der Änderung der Gemeindefiskus wirkend am 1. April 1921 wieder befristet werde. Der Mehraufschlag berechnet sich aus der Grundsteuer auf 2,92 Millionen, aus der Grundsteuer auf 1,43 Millionen und aus der Gemeindefiskus auf 4 Millionen ML, insgesamt 8,35 Mil. Mark.

Rückgang der Viehpreise. Infolge der in einigen Landesgebieten drohenden Futtermittelknappheit sind die Preise auf dem Stuttgarter Schlachtviehmarkt seit einiger Zeit eine rückwärtige Bewegung, namentlich beim Rindvieh. Auf dem letzten Schlachtviehmarkt, der bei Großhändler Kon. bei Adlberg und Schwaben lühalter verlief, wurden zum Beispiel für Ochsen 1. Qual. 640 bis 690 Mark bezahlt, während vor 14 Tagen der Preis noch bis zu 740 Mark ging.

Veränderungen in der Wohnraumbewirtschaftung. Durch eine Verfügung des Ministeriums des Innern werden die bisher bestehenden Vorschriften über Befreiung der Wohnraumbewirtschaftung ergänzt oder abgeändert. Es wird bestimmt, daß die staatlichen Wohnungsbehörden (Oberämter und Ministerium des Innern) befristet sind, Anordnungen der Gemeinden aufzuheben oder von sich aus die Regelung des einzelnen Wohnraumbetriebs treffen können. Die Gemeindebehörden haben auch in Württemberg das gebotene Einschreiten, z. B. zur Unterbegünstigung zugehöriger Pächter zu unterlassen. Eine Abschaffung der Wohnraumbewirtschaftung bringt die Be-

freierung der ohne öffentliche Ausschüsse erstellten Neubauten von gewissen Bestimmungen (Verwandlung von Wohnraum in Geschäftsraum, Zusammenbau des Raumbedarfs, Beschickung der überflüssiger oder leerstehender Räume.) Die Befreiung bezieht sich jedoch nur auf eigentliche Neubauten, nicht auf Ein- oder Umbauten. Im Einzelnen heißt: daß das Ministerium des Innern ein abgebenes Einvernehmen vor. Weitere Bestimmungen betreffen die Verpflegung der Reichs- und Staatsbeamten bei Verpflegung mit Wohnraum, Mietwohnungen, die von Beamten besetzt waren, bleiben im Falle ihres Freiwerdens für den Dienstnachfolger vorbehalten. Die Gemeindebehörde darf vor Ablauf eines Monats nach Abnahme einer solchen Wohnung nur mit Zustimmung der vorgesehnen Dienstbehörde des bisherigen Inhabers einen Mietvertrag mit einem anderen Wohnungsuchenden genehmigen. In Beziehung auf Jugendbeschäftigung von Einzelheimern dürfen Reichs- u. Staatsbeamte nicht angestellter gestellt werden als andere Personen. Eine fachliche Verifikation der Zwangsbewirtschaftung des Wohn- und Geschäftsräume ist nicht erfolgt. Das Reichsarbeitsministerium macht aber in einer Verfügung darauf aufmerksam, daß die Umwandlung der Wohnräume in Geschäfts- und Büroräume nicht ohne weiteres statthalt ist.

Zum Buttermangel. Die Verbandzeitung der Wirt. Konsumvereine schreibt: Die Betriebe für den Buttermangel dürfen einmal darin zu suchen sein, daß in verschiedenen Erzeugergebieten des Landes Großhändler 18. A für das Pfund anbieten — gegenüber einem Kleinhandelspreis von 16.50 A — und die Ware dann über die Grenze wandert, in benachbarte, auch nachdem die Großhändler, wo im Kleinhandel ca 25 A für das Pfund bezahlt werden. Gleichzeitig hatten jedoch viele Wirtkeller den Einzelerwerb in Hauptstadtorten selbst aufgenommen, um unter Ausschaltung ihrer eigenen Genossenschaftsvereine, die nur den Großhandelspreis bezahlen, den Kleinhandelspreis zu erhalten. Der Verband Wirt. Konsumvereine hat sich bei Bekanntwerden dieser Lage sofort mit einer begründeten Eingabe an das Erziehungsministerium gewandt, um, wie in Bayern, ein Verbot des Buttevertrages an Private u. derbeizutreten. Stellung ist die Entscheidung noch ausgeblieben, da das Ministerium von der Aufhebung ausgeht, daß es sich, wie bei anderen Artikeln, für die die Bewirtschaftung aufgehoben wurde und ähnliche Folgen sich ergäben, nur um eine vorübergehende Erscheinung handle. Mag sein, schreibt das Blatt, immerhin scheint es aber geboten, in der Sache einzugreifen, um die Dauer dieser unbilligen Erscheinung abzumildern. Im übrigen können die Verbraucher meistens einheimischen zum Mittel praktischer Sachhilfe greifen. Die Margarinefabriken liefern gegenwärtig Erzeugnisse, die denen der Butterqualität nicht mehr nachstehen und wo in Tausenden von Familien für Kochen, Backen, Boden überhaupt nur noch Margarinebutter verwendet wurde.

Einmalige Abfindung der 10% igen Kriegsbeschädigten. Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener teilt mit: Auf Grund des neuen Reichsversorgungsgesetzes erhalten diejenigen Versorgungsberechtigten, die auf Grund des R.V.G. 1906 eine Rente von 10 Prozent beziehen, keine vorläufigen Versorgungsberechtigten mehr. Nach dem Reichsversorgungsgesetz wird nur dann Rente gewährt, wenn die Erwerbsfähigkeit mindestens um 15 v. H. gemindert ist. In diesem Falle stehen nach dem Reichsversorgungsgesetz 20 Proz. Rente zu. Bis 1. Jan. 1921 haben solche Beschädigte, die bisher 10 Proz. Rente bezogen haben, oder die bei einer auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes bei der Umwertung vorgenommenen Umwertung weniger als 15 v. H. in ihrer Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt anerkannt werden, keinen Anspruch mehr auf Rente. Als Ersatzleistung für den Fortfall ihrer Versorgungsansprüche erhalten diese Kriegsbeschädigten eine Abfindung in Höhe des dreifachen Jahresbetrages derjenigen Bezüge, die ihnen am 1. April 1920 zufließen. Die Abfindungssummen betragen: Für Gemeine 1096,30 A, für Unteroffiziere 1121,40 A, für Sergeanten 1171,80 A, für Feldwebel 1247,40 A, wobei die Versorgungsberechtigten bis jetzt Kriegszulage bezogen haben müssen. Stand keine Kriegszulage zu, so ermäßigt sich die Abfindungssumme entsprechend dem auf die Kriegszulage entfallenden Betrag. Bei der Abfindung darf die ab 1. Rat 1920 auf die bis zum 31. Dezember 1920 noch monatlich zahlbaren Rentenbezüge gewährtete Zulage von 30 Proz.

Streich zusammengebunden, aber es waren wunderschöne Exemplare.
Die Kosten ein Vermögen, Fee! — Die Fee ist furchtbar teuer," sagte die Goldkiste, und strahlte sie in einem mit Wasser gefüllten Bad. Eine silberne Bortenkarte hatte dabei geizig, darauf stand über seinem Namen nichts weiter als: 'In treuer Ergebenheit!'
Fee blühte, selbstmüde, darauf wieder. Die Blumenpönde und die einfache Karte mit dem silbernen Namen machen so gar nicht den Eindruck, als hätten sie von einem 'Importkäufer'.

Zusammen Schweigen können, ist die höchste Wille der Geselligkeit.

Liebe erweckt Liebe.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

18) (Nachdruck verboten.)
Wieder und wieder legte sich Felicitas die Frage vor, warum Hans Ritter um ihre Hand angehalten hatte. War er ein guter Mensch mit ritterlichem Empfinden, der ihr, der Hilflosen, mitleidig seine Hand bot, um ihr über ihre Erniedrigung hinwegzuhelfen? Aber ein Mann wie er ließ sich wohl kaum in schwächlichem Mitleid aus seiner vorgezeichneten Lebensbahn drängen. Er hatte gesagt daß er eine Dame aus guter Gesellschaft zu seiner Frau zu machen wünschte. War er zu lässig und zu überlegen, um für eine Frau ein warmes Empfinden zu hegen? Griff er nur deshalb nach ihrer Hand, weil sich ihm eine brauene Gelegenheit bot, weil er bei ihr nicht zu scheitern brauchte, daß sie Liebe von ihm verlangte und ihm Liebe entgegenbrachte?
Ach, sie mußte grübeln und grübeln über Hans Ritters Verbindlichkeit und über den Beweggrund seines Handelns ihr gegenüber.
Und über diesem Grübeln verblühte zuweilen das liebe Geld in ihrer Brust; dieses Grübeln zwang sie immer wieder ins Leben zurück, dem ihre Seele am liebsten entfliehen wäre.
Als zum hellen Morgen quälte sie sich mit ihren Gedanken herum. Und auch jetzt, während sie am Frühstückstisch zwischen den anderen saß, mußte sie an Hans Ritter denken. Sie wollte nicht, was sie für ihn empfand — ob Abneigung und Brauen oder eine liebe, dankbare Verehrung.

So fremd erschien er ihr und doch zugleich so vertraut, als sei er ihr bester Freund, dem sie alles sagen konnte. Der Gedanke an Harry Fort trat zurück vor dem an Hans Ritter.
Wenn sie an Fort dachte, war alles wie tot und leer in ihr. Das Gefühl, das sie bisher für ihn gehabt und das ihr Lebensinhalt gewesen, war erloschen, als habe es nie ihr Herz erwidert. Und doch schmerzte ihr ganzes Innere wie eine einzige große, brennende Wunde; ihr war zumeist, als könne sie nie mehr froh werden, als könne sie nie wieder einem Menschen vertrauen. Auch Hans Ritter nicht — nein, auch ihn nicht. Auch bei ihm mußte sie nach einem ewiglichen Grunde für seine Handlungsweise suchen. Sie vermochte nicht zu glauben, daß er ihr aus Uneigennützigkeit die rettende Hand geboten hätte. War es denn überhaupt eine rettende Hand? Fährte er sie nicht vielmehr weiter auf dem Wege, der in völliger Selbsterniedrigung für sie enden mußte? Nahm er ihr nicht auch noch die Selbstachtung, den letzten Rest von Stolz und Selbstbewußtsein? War es nicht besser, sie sagte ihm heute, wenn er kam, daß sie gestern nicht gemüßt hätte, was sie tat, daß sie um keinen Preis seine Frau zu werden vermüchte?
Sie atmete auf.
Ja, das wollte sie tun. Sie wollte ihm danken, daß er sich ihrer erbarmt hatte und wollte sich wieder von ihm lösen. Vielleicht war er dann froh, daß sie ihn nicht beim Wort nahm, vielleicht bereute er auch schon seine Ueberzeugung?
Wenn sie dann wieder frei war, dann wollte sie hinaus in die Welt und sich auf eigene Füße stellen. Bei Toni Laura würde dann ihres Weidens nicht mehr sein, diese würde ihr nie vergehen, daß sie eine solche Partie auswich. Aber selbst, wenn sie ihr vergiebt, Fee wollte fort aus diesem Hause, wo man sie nur ungern und nur der Leute wegen gebuldet hatte. Es kam ein etwas ruhigeres Gefühl über Fee, und sie wünschte nur, daß Hans Ritter nicht lange auf sich warten lassen müge.
Eine Stunde später kamen wunderschöne Noten für Fee — von Hans Ritter. Sie waren ganz anspruchlos zu einem

Streich zusammengebunden, aber es waren wunderschöne Exemplare.
Die Kosten ein Vermögen, Fee! — Die Fee ist furchtbar teuer," sagte die Goldkiste, und strahlte sie in einem mit Wasser gefüllten Bad. Eine silberne Bortenkarte hatte dabei geizig, darauf stand über seinem Namen nichts weiter als: 'In treuer Ergebenheit!'
Fee blühte, selbstmüde, darauf wieder. Die Blumenpönde und die einfache Karte mit dem silbernen Namen machen so gar nicht den Eindruck, als hätten sie von einem 'Importkäufer'.

nicht in die Höhe beschließen. Eigentlich von der Seite derjenigen zogen, die für den Entscheidung die Reichs-Große-Kleinhandelspreise, welche zu berücksichtigen die...
den Mil- und Auf-paganda-erregen, worden.
gibt folg-acht, derkunft, allverkauftDurch die diafaktill-Barnach-erhöhter muß ein-lischen Bl-
Volkste-ihre Besel-der Volks-noch unter-pro Volk-
J-der Mitt-land 320-aus Dem-
Dem-erhalten-entwende-garter S-Wangen-darunter-tein enor-wärts Au-wurden 3-blieben u-die Hälfte-haupt in-die Zimal-1918: 2)-Fällen. 1-es 382. W-Jahre 191-(1919: 47)-evangelis-Rirche 46-und zum-funktion-sionkloß -1/2. Nicht-
r-De-liden Be-gzun die-16 C-seucht ind-im Jagst-Einche be-Unter mit-32 E-
r-Elle-der in de-prüfung i-
r-St-meinderat-1921, der-Entwöhn-ung durch eine-Entzugsst-
r-St-Einbigeme-holyperfau-1007 Befri-Festmeter-Grüß war-
r-Jah-
Die Him-
fest des J-wertes Do-
Herre-den Steuer-ten einfor-
r-Jah-
In Teiln-ach-achtzigere-Dieses län-Volkstracht-
Belastung-
verschle-
benmäßig ist,
beitragen f-
Der S-Rollen mit



Letzte Drahtnachrichten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 7. Juli. Der Reichstag trat heute vormittag 10 Uhr zu seiner letzten Sitzung vor den Ferien zusammen, um die nächsten Arbeiten zu erledigen. Debatte über die Errichtung einer Reihe kleinerer Botschaften in dritter Lesung genehmigt, darunter die über die Goldreserven der Privat-Rotensbanken (Verbot des Goldverkaufs). Der Entwurf über die Errichtung von Betriebsräten in der Innenschiffahrt und die Errichtung von Kleinrentenversicherungen wurde in 2. Lesung angenommen und die 3. Lesung bis nach den Ferien verschoben, da die unabhängigen gegen ihre sofortige Verwirklichung waren mit der Begründung, daß sie zu dieser noch Entwürfe einbringen wollten. Bei der dritten Lesung des Entwurfs über die anderweitige Festlegung der Bestanden und Beiträge in der Invalidenversicherung beantragten die unabhängigen die Erhöhung der Invaliden- und Witwenbeiträge, doch wurden diese Anträge nach längerer Debatte abgelehnt, nachdem ein Regierungsmitglied darum ersucht hatte, um das schleunige Zustandekommen der Vorlage zu ermöglichen, und die in der Ausschussfassung angenommenen. Nachdem das Haus die Genehmigung zur Strafvollstreckung der Abg. Heilmann (Komm.) und Krieger (DR.) wegen Beleidigung verweigert, wurde in die gemeinsame Beratung der Gesetze über die Entschädigung von verdächtigten Deutschen aus den abgetretenen Gebieten, von Kolonialdeutschen und Auslandsdeutschen eingetreten. Alle drei Gesetze erfordern einen Aufwand von 18 Milliarden Reichsmark. Abg. Reichmüller (Soz.) gab namens aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen und der Kommunisten eine Erklärung ab, daß die allgemeine Kollege der Geschädigten ein Eingreifen verlange, daß der Staat aber nicht mehr zum Wane und daß Verluste, eine Herabsetzung des Gehalts herbeizuführen, die Vorlagen gekündigt werden. Die Abg. Schwarz (USP.) und Fries (Komm.) stellten nur dem Gesetz über die Verdrängungsgeldern zu und lehnten die beiden anderen ab, da sie zu weit gingen. Die Gesetze wurden jedoch in 2. und schließlich auch in 3. Lesung angenommen mit dem Ausschluß des Gesetzes über die Entschädigungsgeldern. Bei der dritten Lesung wurde ein in zweiter Lesung angenommener Antrag zum Verdrängungsgesetz im Wege des Sammelprinzips mit 157 gegen 126 Stimmen wieder gestrichen, der die Entschädigungsgeldern verlangte, wenn wegen einer Amnestie die Einstellung eines Strafverfahrens gegen einen Geschädigten wegen Verrat militärischer Geheimnisse nicht erfolgen konnte. Sodann wurde das Gesetz über die Wochenlöhne und die Wochenslöhne unter Ablehnung der gestern eingehenden weiteren Anträge der Unabhängigen genehmigt angenommen und der Entwurf über das Reichsgerichtsgericht dem Reichsausschuß überwiesen. Bei der Vorlage betr. die Gewerkschaftsreform wies Abg. Dittmann (USP.) auf die Rolle der deutschen Werftarbeiter hin, von denen 30000 Mann von der Entlassung bedroht seien, da die Vermittlung im Werksarbeiterstreik am Widerstand der Unternehmer gescheitert sei, die den Schiedspruch nicht anerkannt hätten. Reichsarbeitsminister Braun erklärte, daß die Regierung niemals verstanden wolle, eine Einigung herbeizuführen und daß sie gegebenenfalls den Schiedspruch für verbindlich erklären und bei Vergebung der Manuskripturteile nur diejenigen Firmen berücksichtigen werde, die die Verpflichtungen aus der sozialen Gesetzgebung anerkannt hätten. Nach kurzer weiterer Debatte wurde die Vorlage angenommen unter Ablehnung eines Antrags Müller-Frankens (Soz.) mit 129 gegen 108 Stimmen im Sammelprinzip, daß die Rutelle, die durch Materialsperrung eine Stilllegung veranlaßt haben, den arbeitslosen Arbeitern den eingegangenen Lohn ersetzen sollen. Darauf wurde die Dittmannvorlage für die Reichstagsmitglieder in allen drei Lesungen debattiert angenommen, wonach die in Berlin wohnenden Abgeordneten eine Zulage von monatlich 500 Mark und eine Kommissionszulage von 20 Mark täglich, die übrigen Abgeordneten von 1000 bzw. 35 Mark erhalten. Die Ausführungsbestimmungen zum Besoldungsgesetz wurden den Ausschussanträgen gemäß genehmigt und der Antrag über die Gleichstellung der Frau in der Justiz, sowie der Entwurf über das Braunweinmonopol bis zum Herbst zurückgestellt. Nach dem unten gemeldeten Schlußwort des Präsidenten war gegen 5 Uhr die Sommeression des Reichstags zu Ende. Die nächste Sitzung findet am Dienstag, den 6. September, nachmittags 3 Uhr statt mit der Tagesordnung: Stenographen.

Der Reichstag verlegt.

Berlin, 7. Juli. Bei Schluß der letzten Reichstagsitzung führte Präsident Lohde aus: In der bevorstehenden Pause wird endlich die Entscheidung fallen über das Schicksal Oberschlesiens. Fürchtbare Zeiten haben unsere Vaterlande mitemgemacht. Wir wünschen aus vollem Herzen, daß diesen Zeiten ein Ende gemacht wird. Wir hoffen, daß die Entscheidung fällt auf Grund des Rechts, das Oberschlesens Abstammung vor aller Welt dargetan hat. (Das Haus erhebt sich.) Wir hoffen, daß das Selbstbestimmungsrecht den Landesoberschlesiens ein Ende macht. (Beifall.) Wir haben heute eine Anzahl von Gesetzen angenommen, welche bestimmt waren, gewisse Wunden des Vaterlandes zu heilen. Wir wünschen, daß unsere vertriebenen und geflüchteten Landsleute mit unserer Hilfe sich eine neue Existenz gründen und ihre Arbeit dem Vaterlande zuführen mögen.

Vom Berliner Outworkerstreik.

Berlin, 8. Juli. Die drei sozialistischen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung einigten sich auf einen Antrag, der den unabhängigen städtischen Outworkern eine 10%ige Lohnzulage gewährt und ihnen das Mitspracherecht bewilligt. Die Vertreter der Arbeiter stimmten dem Vorschlag zu und wollen für die Wiederaufnahme der Arbeit eintreten.

Letzte Kurz-Meldungen.

Der Entwurf eines neuen Rennwett-Gesetzes, das staatlich konzipierte Buchmacher vorsieht, ist dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt worden. Nach einer amtlichen Meldung ist es in Klagenfurt (Süden) anlässlich eines politischen Prozesses zu Unruhen gekommen. Das Polizeiamt und andere Gebäude wurden niedergebrannt. Mehrere Personen wurden getötet. Polizei wurde nach Klagenfurt entsandt.

nicht in Anrechnung gebracht werden. Wohl werden aber auf die Abschlagssumme diejenigen Beiträge angerechnet, die die Beschädigten seit dem 1. Januar 1921 erhalten haben. Bei solchen Beschädigten, die als Beamte oder in der Eigenschaft eines Beamten im Soldaten- oder Marine- oder sonstigen öffentlichen Dienst angestellt sind und von deren Rentenbesitz gemäß der Vorschrift des § 36 Nr. 3 des M. V. G. 1906 ein Teil ruht, werden nur die diejenigen Beiträge bei der Berechnung der Abschlagssumme in Betracht gezogen, die den Beschädigten tatsächlich ausbezahlt worden sind. Für den ruhenden Rentenbetrag wird dem Beamten eine Abschlagssumme nicht gewährt. In Zweifelsfällen wende man sich an die Reichsversicherungsstelle des Zentralverbandes, Berlin NW 18, Große Frankfurter Straße 53. — Ein Einspruch gegen die Abschlagssumme kann nicht erfolgen, da das Rentenverfahren rechtskräftig ist. Es kann nur ein neues Verfahren beantragt werden, wenn eine Verschlimmerung des Leidens eingetreten ist, welche zu der Annahme berechtigt, daß weitergehende Erwerbsbeeinträchtigung anerkannt wird. Einspruch ist leblich gegen die Berechnung der Abschlagssumme möglich.

* **Papiergeld mit unzulässigen Aufschriften** wird von den Eisenbahnstellen nicht angenommen. In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen Papiergeld mit Aufschriften und Aufdrucken versehen wird, die Zweck politischer Propaganda dienen und in weiten Bevölkerungsteilen Verwirrung erregen. Die Eisenbahnstellen sind nunmehr angewiesen worden, die Annahme solchen Papiergeldes zu verweigern.

* **Handel mit Honig.** Die Postdirektion Stuttgart gibt folgende Warnung: In letzter Zeit wurde häufig beobachtet, daß Honigarten, insbesondere solche ausländischer Herkunft, als garantierte reine (Schleuder-) Honige angeboten und verkauft wurden, nachdem sie zuvor stark erhitzt worden sind. Durch das Erhitzen von Honig gehen wertvolle Bestandteile (diastatische Fermente usw.) verloren. Es muß deshalb die Warnung der Postdirektion ernstlich in Betracht gezogen werden (s. B. d. d. Postdirektion Stuttgart, postamtlicher Honig), andernfalls muß ein so behandelter Honig nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen beachtet werden.

* **Ein neuer Volkssturm.** Im deutschen Postgebiet kostet eine Postkarte 4 Pf. An der böhmischen Grenze sollen die Volksstürme ihre Vollziehung nach dem benachbarten Österreich tun, wo sie auf die Postkarte je eine Marke zu je einer Krone aufkleben, die sie nach ihrem Geiß 10 Pf. kostet. Sie sparen auf diese Weise 30 Pf. pro Postkarte.

* **Im Postverkehr mit Ungarn** beträgt vom 1. Juli an der Briefbetrag einer Postanweisung auf Ungarn nach Deutschland 3200 Mark und der Wertbetrag einer Postanweisung aus Deutschland nach Ungarn 10000 Kronen.

Württemberg.

Statistisches aus der Evangelischen Kirche.

Dem auf der kürzlich gehaltenen Stuttgarter Bezirkssynode erstatteten Jahresbericht für 1920 sind folgende Angaben zu entnehmen: **Gebefahrungen:** evangelische waren es im Stuttgarter Stadtdekanatsbezirk (ohne Cannstatt, Unterlindheim, Wangen und Degerloch) 3538 (1919: 3151, 1917: 1506), darunter 2652 rein evangelische Paare. Ungetraut blieben rein evangelische Ehen: 826 = 28%, darunter 153 auswärtig Anstehende (1919: 222%). Von den gemischten Paaren wurden 311 = 36,6% nichtevangelisch getraut. Im ganzen blieben nichtevangelisch getraut (von den Mischungen mag etwa die Hälfte katholisch getraut worden sein) 1137 Paare, überhaupt nicht christlich getraut 982 = 25,8%. Auffallend ist die Zunahme israelitischer Mischungen (20, gegen 1919: 0, 1918: 2). Die kirchliche Bestattung Gemischnener unterblieb in 11 Fällen. **Fernebestattungen mit kirchlicher Beteiligung** waren es 382. An Kirchenopfern fielen 200838 Mark gegen 175409 Mark im Jahre 1919 an. Ueberreste aus der katholischen Kirche fanden 58 (1919: 47) statt; im ganzen traten 105 Personen (1919: 70) zur evangelischen Kirche über. Austritte waren es zur katholischen Kirche 46 (16 männlich und 30 weiblich), zum Judentum und zum Islam je 1, zu den Sekten 128, zu den konfessionslosen Gewordenen sind 287 Männliche, 119 Weibliche, 4 Nichtwärtige.

* **Verleumdungssand.** Stuttgart, 7. Juli. Nach den amtlichen Berichten ist die Maul- und Klauenseuche bis zu Beginn dieses Monats weiter stark zurückgegangen, so daß nur noch 16 Oberämter mit 23 Gemeinden und 38 Gehöften verbleibt sind. Im Neckarreis sind 2, im Schwarzwaldreis 5, im Jagstkreis 7 und im Donaukreis 9 Gemeinden von der Seuche betroffen. Die Pferdeklauende erstreckt sich auf 11 Oberämter mit 13 Gemeinden, die Schafklauende auf 16 Oberämter mit 32 Gemeinden.

* **Eisenbahnpflichtenerprüfung.** Stuttgart, 7. Juli. Bei der in den letzten Monaten abgeschlossenen Eisenbahnpflichtenerprüfung sind 125 Kandidaten für die Befähigung erklärt worden.

* **Städt. Haushalt.** Freudenstadt, 7. Juli. Der Gemeinderat verabschiedete den Vorschlag des städt. Finanzrats für 1921, der mit 5,39 Millionen Ausgaben und 4,96 Millionen Einnahmen abschließt. Der Abmangel von 418000 Mark wird durch eine Gemeinderumlage von 12% (Vorj. 6%) auf die Ertragssteuer gedeckt.

* **Stammholzverkauf.** Freudenstadt, 7. Juli. Die Stadtgemeinde Freudenstadt erzielte bei ihrem letzten Stammholzverkauf 247,4% des Lotpreises. Zum Verkauf kamen 1007 Festmeter Bongholz, (Fichten und Tannen) und 114 Festmeter Stoppel. Gesamtumsatz betrug 146382 Mark, der Erlös war 361888 Mark.

* **Festtag.** Dorffest am 7. Juli. Freudenstadt, 7. Juli. Die Firma Graf & Köpfer, Holzgroßhandlung, feierte das 75. Geburtstag des Bestehens ihres Damphöfches und Hühnerwirths.

* **Herrenberg.** Der Präsident des Landesfinanzamts hat den Steuerinspektor Böhlinger in Stuttgart seinen Aufsehen entsprechend zum Finanzamt Herrenberg versetzt.

* **Jahresfest Teinach.** Sicherem Vermögen nach soll in Teinach am Sonntag, den 24. Juli, nachm. 3 Uhr nach achthöufiger Pause das Jahressfest wieder abgehalten werden. Dieses jährliche Volksfest, verbunden mit „Fasnachts-", „Böckchenaufzug“, „Bauernwettkampfen“ und anderen Volksfestlichkeiten wird auch heuer seine Anziehungskraft nicht verlieren, zumal die Hitze seine Anziehungskraft nicht mindert, zumal die Hitze günstig liegen und die Festlichkeiten bestmöglichst, alles zu tun, was zu einem Gelingen des Festes beitragen kann.

Der Schäferlauf, Urad. Gemäß einem in weiten Kreisen mit Begeisterung aufgenommenen Gemeinderatsbe-

schlusse findet heuer am Jakobifreitag (25. Juli) nach 8 jähriger Unterbrechung der Schäferlauf hier wieder statt. Sicher wird dieses seit 2 Jahrhunderten bestehende Volksfest auch heuer viele Teilnehmer und Festgäste anziehen. Dafür dient schon die vorgelegene Festordnung: Morgens 6 Uhr Tagwache, 1/8 Uhr Abholung der Vor- u. Kreistreiter und der Wegeherrmänner, darauf folgt am Nachmittag die Ordnung des Festzuges, der sich wie folgt zusammensetzt: Trommler, Schäfermusik, Stadtkapelle, Vorreiter, Kreistreiter mit den Wegeherrmännern, Festreiter, Fahnenreiter, der Oberhäufiger, die Bauern mit den Hunden zum Schäferlauf, Schäfermädchen, Preisträger zum Hahnen- und Böhrenlauf und Wassertragen, die Wasserträgerinnen und Volkstrachten. Am 11 Uhr beginnen die Festspiele auf dem Festplatz in der Mittelstadt: Wettlauf der Schäfer und Schlieferinnen (Anmerkung: Anmeldung zur Teilnahme am Wettlauf durch ledige Schäfer u. Schäferinnen bei der hiesigen Stadtpflege ist nötig), Böhrenlauf (auch für die Trachtenpaare), Fahnenlauf, Wettlauf der Wasserträgerinnen. Zum Schluß allgemeiner Tanz für die eigentlichen Festteilnehmer. Um 11 Uhr erfolgt der Rückmarsch in die Stadt, wo im „Fah“ Festessen und Preisverteilung stattfindet. Den Nachmittag verbringen die Gäste auf dem Festplatz bei freiem Spiel und Tanz.

* **Schmung.** Sigmaringen, 7. Juli. Die preussische Staatsregierung hat dem Stadtpfarrer Steinle hier in Anerkennung seiner 5 jährigen Tätigkeit als Pastor in den südlichen Bezirken in Sigmaringen nachträglich das Eisenerkreuz am weiß-schwarzen Bande verliehen.

* **Wagner.** Ulm, 7. Juli. Der verheiratete Pel- und Fellewarenhändler Bernhard Broch von hier wurde wegen übermäßiger Preissteigerung und Vergehen des unerbittlichen Verzehrs mit feinstofflichen Rohmaterialien zu 30000 Mark Geldstrafe und Einzug des Lebererbes im Betrage von über 21000 Mark verurteilt.

* **Ueberleben.** Seelheim, 7. Juli. Ein 16 jähr. Bursche sah spät abends eine still abfallende Ortstraße freihändig hinauf und überfuhr eine 44 Jahre alte Frau, die beide Arms brach und schwere innere Verletzungen erlitt. — Einem älteren Mann von hier sind 7 Föhner verurteilt worden.

* **Seinade Segend.** Mühlhausen, 7. Juli. Wie gesund unser Jagdbühnenleben ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß hier 15 Personen mit einem Lebensalter von 81-86 Jahren wohnen, sieben Männer und acht Frauen, fast alle rüstig und gesund.

* **Braunviehhandlung.** Waldsee, 7. Juli. Der Württ. Braunviehhändlerverband hat vom Präsidenten von Waldsee-Waldsee-Bader an der Staatsstraße Waldsee-Biberach folgende Forderung an den Magistrat Waldsee erwirkt und unter der Leitung des Tiergesundheitsreferats Dr. Dohler hier einen Rubrikbetrieb für die Braunviehhändler mit Unterstützung des Staates eingerichtet. Zur weiteren Förderung der Braunviehhändler und größeren Unabhängigkeit vom Ausland — Schweiz und Vorarlberg — ist eine detaillierte landwirtschaftliche Untersuchung von Bedeutung.

* **Widerrücknahme.** Sigmaringen, 7. Juli. Der landwirtschaftliche Bezirksverein hat namens der Württ. Landwirtschaftskammer die Anbringung von Kindern zur Erfüllung des Fideikommissvertrags in die hiesigen Oberamtsbezirke übernommen. Auf den hiesigen Bezirk entfallen: 7 Familien im Alter von 8-12 Monaten, wovon zwei 1-2 jährig sein sollen, 8 traktirte Kähe nicht älter als 5 Jahre, 8 traktirte Kühe (Kalbinnen), 15 Jungkinder im Alter von 6-18 Wochen. In Betracht kommt nur Braunvieh.

* **Reis im Saal.** Wargoch, 7. Juli. Am Montag und Dienstag in der Frühe hatten wir im Saal und dem anstehenden Gelände einen letzten Reis. Frühmorgens, wie im Herbst, lagern fast jeden Morgen über der weiten Moorfläche.

* **Warnung vor einem Schwindler.** Heurten, 7. Juli. Seit einiger Zeit faßt ein gewisser Händler (angeblich aus Gorb a. N.) im Namen des Ritters Beuron Antiquitäten, insbesondere religiöser Art, auf. Er schwärzt den Leuten diese Gegenstände um einen Schwindelpreis ab, indem er vorzigt, daß dadurch dem Ritter ein Alimosen zugewendet werde. Bitte, die darunter bereits wertvolle alte Familienstücke abgegeben haben, haben sich nachdrücklich in Beuron erkundigt. Das ganze ist ein abgeschmirgeltes Schwindel. Das Ritter Beuron hat niemand einen solchen Auftrag gegeben und bebauert sehr, daß sein Name auf diese Weise mißbraucht wird.

* **Ver schwunden.** Aus Baden, 7. Juli. Lieber das Verbleiben der beiden in Heilsberg spurlos verschwundenen Bürgermeister hat man noch keine Anhaltspunkte. Die Stadt Heilsberg hat 10000 Mark Belohnung für die Auffindung des Oberbürgermeisters Buße ausgesetzt, der von Stuttgart, wo er dem Selbstmord anwohnte, nach Heilsberg gekommen ist. Buße ist 55 Jahre alt, Bürgermeister Berner 42 Jahre. Nachdem bis jetzt alles Suchen vergebens war, nimmt man an, daß die beiden Herren einem Verbrechen zum Opfer gefallen sind. Seit einigen Tagen ist außerdem ein 27 Jahre alter Kaufmann, Horst Horn aus Berlin, verschwunden.

* **Kirchenwegen am Kaiserstuhl.** Die Kirchengemeinde brachte in die Kirchengemeinden reichen Geldbesitz. Die Gemeinde Jtringen hat schätzungsweise 3 Millionen Mark für Kirchen eingenommen; in Oberretterswil ist eine Papiergehölzerei von etwa 2 Millionen Mark gegen Kirchen eingelaufen worden. Einzelne Kirchbaumbesitzer in diesen Gemeinden haben Beträge von 8000, 10000, 12000, ja sogar bis zu 15000 Mark für die Kirchen eingenommen.

Handels- und Marktberichte.

* **Schlachtmehlwahl.** Stuttgart, 7. Juli. Dem Donnerstagsmarkt waren zugehört:

76 Ochsen, 21 Bullen, 283 Jungkälber und Jungkühe, 219 Kälber, 205 Ferkel und 1410 Schweine.
Für 1 Str. Lebendgewicht wurden bezahlt:

	I. Qualität	II. Qualität	III. Qualität
Ochsen	670-710	600-630	-
Bullen	580-620	480-550	-
Jungkühe	670-720	540-630	-
Kälber	400-410	340-400	300-320
Ferkel	760-820	670-740	600-650
Schweine	1150-1180	1080-1110	980-1030

Verlauf des Marktes: bei Kälbern und Schweinen bleibt, bei Großvieh in guter Qualität, in geringer Qualität fest.

stellen Neubauten von Wohnraum in der Stadt, Beschlagnahme der Befestigungsbauten, nicht auf Fortschritt das Ministerium vor. Weitere Betriebs- und Staatsbau, Mietwohnungen, im Falle ihres Fortschritts. Die Gemeinde nach Räumung einer vorgelegten Dienstverträge mit einem In der Beziehung in diesen Reichs- werden als andere der Zwangsvermittlung ist nicht erfolgt. In einer Verfügung der Wohnräume weiterer Fortschritt ist. Abgang der württ. im Bodenmangel ist in verschiedenen über 18 Mark das leinhandelskreditpreis über die Grenze wane Großstädte, wo im acht werden. Die Einzelverkauf in um unter Ausschalt, die nur den Großstädte zu erhalten. sich bei Bekanntwerden Eingabe an um, wie in Bayern, te um. Herbeizufüh ausgesetzt, da das ist, daß es sich, wie Schaltung aufzohben, nur um eine vork sein, schreibt das in der Sache eingu Erscheinung abg- braucher wenigstens sthilfe greifen. Die ergebnisse, die dem und wo in Tausen, Boden überhaupt urde.

igen Kriegsgeher Kriegsbeschädigter: Auf Grund des in diesen Verlor M. V. G. 1906 eine locutionen Verfor- vorgehorsungspreis die Erwerbsschigkeit. In diesem Falle 20 Proz. Kente zu, die bisher 10 Proz. auf Grund des Reichs- vorgehorsungsmen in ihrer Erwerbss- weilen Anspruch mehr all ihres Versorgung- gen eine Abschlagung derjenigen Beträge, die die Abschlagssummen des Reichs- 1121,40 Mark, bel 1247,40 Mark, wobei Saurage bezogen haben die ermöglicht sich die die Kriegszulage ent- darf die ab 1. Mai noch monatlich zahl- guldung von 30 Proz. waren wunderbare

Diese Art ist frucht- sie sorgsam in eine die Bittenkarte hatte Namen nicht weiter

ieder. Diese Blum- schiedlichen Namen s Kammen sie von

oolle Lutzbe.

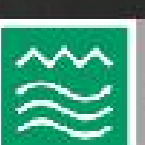
am er selbst. Kubig, l, trat er in den So- mo er gestern abend unter dem Sessel ihrer in den Ihren. Sie lames Tuchkleid, ohne er rührend hart und

in die Gesicht.

ein wenig unständ- in unter einem Bor- nach die Fortschritt für, daß das Hauptpaar, wobei Frauen über- sion ein wenig nach- uher Nicht lassen.

es eine Weile stumm Beobachten ihr blasses d ihre Augen blickten. Das war ruhig und ärtler noch als sonst gegerprecht und nur in ein.

(Fortsetzung folgt).



In Leipzig wurde der neueste Reichsschuldigenprozess gegen Oberleutnant Hauke überraschend schnell erledigt. Hauke wurde freigesprochen, da ihm die Schuld an der Erschießung eines französischen Kapitäns wegen der er angeklagt war nicht nachgewiesen werden konnte.

Zur Freisprechung des Generals Stenger schreibt der Matin, diese Freisprechung, die noch Standbilder gemacht werde durch die kaiserliche Beurteilung des Untergebenen, werde in Frankreich das Gefühl einer miltärischen Gerechtigkeit hervorrufen.

Auf der letzten Sitzung der belgischen Reichskonferenz kam die Frage der deutschen Reparationen und die Verteilung des belgischen Anteils daran zur Sprache.

Aus der Umgebung der Stadt Kattihar wird das Auftreten neuer bewaffneter Banden gemeldet, die in der alten Weise die deutschbesetzte Bevölkerung terrorisieren, misshandeln und verschleppen.

Reichsminister und preussischer Innenminister planen für Samstag eine Reise nach Breslau, wo Dr. Wirth in einer Rede zur oberösterreichischen Frage Stellung nehmen will.

Wie das "Berl. Tagebl." zu berichten weiß, ist Professor Eigenfeld, der bisherige Leiter der Rassenkommission des Reichsamt für die deutsche Vererbung, nunmehr zum deutschen Geschichtskritiker in Moskau ernannt worden.

Kreuzer meldet aus Romo, daß die Mitglieder des Zentralkomitees der kommunistischen Partei in Berlin verhaftet und wichtige Dokumente beschlagnahmt worden seien.

Blättermeldungen zufolge hat der sog. dem. Abgeordnete Gyonis in einem Schreiben an die Internationaler Kommission für die Lösung der Balkanfrage die Frage der deutschen Besatzung in Bulgarien, von dessen Haltung man nicht ganz beruhigt ist, eine Sicherheit schaffen will.

Gestern früh erfolgte in den Wiltensdorfer Munitionsfabriken bei Wien eine Explosion. Einzelheiten fehlen.

Die Film-Oberprüfungsstelle hat den unlängst freigegebenen Fremdenlegations-Film "Die Furcht aus dem Herde der Helmatoren" auf französische Vorstellungen hin verboten.

Die Blätter hoffen, daß man nun auch in Frankreich den Vorstellungen des Aufrührerischen Amis Gehör schenkt und die Diktatur gegen Deutschland verbietet.

Lord George erklärte im Unterhaus, er hoffe bald, vielleicht schon am Montag, in der Lage zu sein, über den englisch-japanischen Vertrag eine Erklärung abzugeben. Der Zeitpunkt dieser Erklärung hänge von den Antworten ab, die von den Vereinigten Staaten u. Japan erwartet werden.

Wie der Berichterstatter der Hoff. Ztg. seinem Blatt aus Kattowitz meldet, kann von einer tatsächlichen Räumung des Industriegebietes durch die Insurgenten keine Rede sein.

Die Arbeiter im Industriegebiet leiden weiter unter polnischem Terror. — In dem Bezirk des in Weichen erschossenen Franz. Major ist auch eine Abteilung poln. Insurgenten mit allen Abzeichen eingetroffen.

Das Ergebnis der Volkszählung in Olsch-Botheningen liegt nunmehr vor. Die Bevölkerung beträgt 1695 000 Einwohner gegenüber 1 874 000 am 1. Dezember 1910, der letzten deutschen Volkszählung.

Nach einer Widernennung aus Weichen gilt nach den bisherigen Untersuchungen über die letzten Weichenen Verstecke als Wohnort des französischen Majors Romualde ein polnischer Insurgent namens Röhber.

Wie die "Dresdener Zeitung" erzählt, beschloß die oberösterreichische Kohlenkommission eine Erhöhung der Kohlenpreise die für Groß-Kohlen 60 Mark pro Tonne beträgt. Die Erhöhung dürfte in den nächsten Tagen in Kraft treten.

Turnen, Spiel und Sport.
Wasser-Fußball. In den amerikanischen Seebädern wird jetzt der Wasser-Fußballsport geübt. Zwei Bojen markieren das Tor, durch das der verhältnismäßig große Ball mit den Füßen auf dem Rücken liegenden Schwimmers befördert werden soll. Es sind zwei Torwächter vorhanden, die auch mit den Händen abwehren dürfen.

Bergeffene Bestellungen auf den „Gesellschafter“ können jederzeit nachgeholt werden.

Eingefandt.

(Die Einfindungen unter dieser Rubrik übernimmt die Schriftleitung nur die presserechtliche Verantwortung.)

Betreff Aufschlag des Nitensteiger Zugs nach Hord.
Die Eintragung der Betriebsinspektion Calow, dem Güterzuge 50 wegen der Milchlieferanten keinen Aufschlag nach Hord geben zu können, ist nicht stichhaltig. Die Eisenbahn ist eine genehmigte Einrichtung und hat somit allen Zellen Rechnung zu tragen. Sie hat daher mindestens auch die Pflicht, dem Zuge, nachdem er einmal Personenbeförderung hat, den leicht herstellbaren Aufschlag Hord herbeizuführen, denn die Milchabnehmer werden sicher der Allgemeinheit gutlich bereit sein, ihre Milch 15 Minuten früher auszuliefern. Es ist eine starke Zunahme für das reisende Publikum, daß dasselbe wegen einiger Minuten Zeitdifferenz sozusagen gleich beim Reiseantritt das Vergnügen hat, in Nagold ca. 2 Stunden auf Anschluß zu warten, welcher sich bei gutem Willen mit Beistand der Reisenden leicht erledigen ließe. Ich rate dem Betriebsaussschuß Nitensteig, sich an den Herrn Präsidenten der Generaldirektion der Eisenbahn, oder an das Reichs-Eisenbahnamt nach Berlin zu wenden, wenn keine Abhilfe erfolgt. Rehnlich verhält es sich nachmittags; hier wurde der Zug, der von Richtung Hord in Nagold 2 05 ankommt, eingeleitet, während der Güterzug Nagold—Nitensteig etwa 15 Minuten vor Eintreffen des Jungs Nagold verläßt. Auch hier kann sich noch ruhig bei gutem Willen die Betriebsinspektion Calow den Güterzug anschließend abgehen und zur Personenbeförderung einen Personenwagen anhängen lassen, dann müssen nicht die Reisenden nahezu 4 Stunden das nicht abgehende Räder abwarten, eine Fahrpläneinstellung, die mit Recht den Unwillen der Allgemeinheit herausfordert. G.

Familiennachrichten.

Auswärtige.
Gestorben: Paul Schönbach, Rechtsanwalt, 46 Jahre, Neuenbürg; Hedler, Stadtschultheiß, 44 Jahre, Oberndorf; Friedr. Hammer, 71 Jahre, Gölbach; Jobst, Seiler, 54 Jahre, Affeldt.

Wetter am Samstag und Sonntag.
Warm und trocken etwas gewittrig.

Ämtliche Bekanntmachung.

Betr. Entlassungsanträge und Mängel für bedürftige Krieges-Hilfshamer.
Georden sind die für bedürftige Kriegsteilnehmer angeordneten Anträge und Mängel eingetroffen. Der Tag der Abgabe wird jeder Gemeinde noch besonders mitgeteilt werden.
In Mängel wurden wir nur mit zwei Drittel des angeforderten Bedarfs beliefert, sodas bei Abgabe derselben nur die wirtsch. Bedürfnisse in Betracht kommen können. 111
Nagold, den 7. Juli 1921. Oberamt: W n g.

Stadtpflege Nagold.
Die rückständigen Steuer- u. Holzgeld-Schuldner, insbesondere diejenigen, welche bezahlen können, werden wiederholt an alsdaldige Entreichung ihrer längst vollzogenen Schuldscheine ernstlich erinnert. **Kassentage: Mittwoch und Samstag.** (Samstag nur bis 1 Uhr.) 102 B n g.

Anzeigen
für die Samstag-Nummer
mollen heute noch aufgegeben werden.
Geschäftsstelle des Gesellschafter.

Ebhausen.
Am Montag, den 11. Juli, nachmittags 2 Uhr wird eine gaverhaltene
Sämaschine
beim Gasthaus z. Hirsch hier verkauft. Liebhaber sind eingeladen. 112

Darlehenskassenverein.
Montag den 11. ds. Mts.
Kalkausnahme.
Biegelhütte Rotfelden.
Gesangbücher empfiehlt G. W. Zaiser, Nagold.

Turnverein Ebhausen.
Am Sonntag, 10. Juli d. J.
findet auf der Hummelwiese ein
Schauturnen
mit anschließendem Faustballspiel statt.
Beginn nachm. 2 Uhr.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
113 der Turnrat.
NB. Für Unterhaltung ist gesorgt.

Ia. Autoöl, Motorenöl Maschinenöl, Zentrifugenöl, Cylinderöl, Cons. Fett Riemenwachs Putzwolle, Wagenfett Lederfette usw. Bodenöl Bodenwachs
empfeht in bester Qualität
K. Ungerer, Nagold. Telef. Nr. 4.

Egenhausen.
Die Gemeinde verkauft am Montag, den 11. ds. Mts., nachm. 1 Uhr einen jüngeren
Schlacht-Farren.
Schriftliche Offerten sind längstens auf diese Zeit beim Schulth. Amt einzureichen. 106
Gemeinderat.

Eine 1/2 Jahr alte gut dressierte
Wolfshündin
sowie drei 10 Wochen alte Junge,
2 Rüden und 1 Hündin, verkauft billig 107
Jakob Brezina, Rüter Nagold, Herrenbergstr.

Freundliche Einladung.
zu einer
Versammlung unter freiem Himmel.
Sie findet am Sonntag, den 10. ds. im Felsbacher Tal auf dem Lagerplatz des Sägewerks der Herren Gebr. Theurer statt. Jedermann ist herzlich willkommen. Beginn nachmittags 2 Uhr. **Die freie Christl. Gemeinschaft.** 114

Soeben erschien:
Der große Krieg in Feld u. Heimat
Erinnerungen u. Betrachtungen von Oberst Bauer.
Preis in Galbleinen gebunden M 48.—
Wir verweisen ganz besonders auf die große Bedeutung der zur Ausgabe gelangten Werke. Der Verfasser, schon vor Kriegsbruch acht Jahre ununterbrochen dem Großen Generalstab zugewandt und während des ganzen Krieges bei der Obersten Heeresleitung beschäftigt, gibt mit stichhaltiger Offenheit die Zusammenhänge der Kriegsentwicklung, des Kriegsverlaufs und die Entwicklung der Revolution wieder. U. a. enthält das Werk auch die zum ersten Male veröffentlichte Wiedergabe der großen Denkschrift des Deutschen Kronprinzen an den Kaiser v. Juli 1918.
Vorwärts bei
G. W. Zaiser, Buchhdlg., Nagold.

Berkaufe Ia. fettes Hammel-Fleisch.
Mezgermeister Gähle, Nagold. 110
15jähriger 109

Ia. Hammel-Fleisch
zu haben bei
Mezgermeister Krauß.

Junge
sucht sofort Stelle für Landwirtschaft.
Wer 7 sagt die Geschäftsstelle des Blattes.
Verherverträge
bei G. W. Zaiser, Nagold.

Zahltagstischchen
mit und ohne Aufdruck liefert schnellstens
Buchdruckerei Zaiser Nagold.
(Verlangen Sie Muster.)
Ergrautes Haar!
erhält eine ursprüngliche frische Farbe dauernd durch den Reformator. Färbt absolut echt blond, braun, schwarz. Zu haben bei Gebr. Benz, Löwen Drug. 151

